LINKES ECHO

Infoblatt der Partei *DIE LINKE.* im Ilm-Kreis

DIE LINKE.

Linkes Echo 18. Jahrgang **Monat November 2012** **Preis: Spende**

So gesehen...

...ist es immer wieder schön, wenn Menschen am Ende doch Recht behalten.
Links wirkt.
Wenn auch erst zehn Jahre später, aber Links wirkt.
Nun ist es raus.

Im Zuge der Vorbereitungen auf den nächsten Urnengang kommt es ja immer wieder zu so genannten Wahlgeschenken . So auch im Moment. Die Bundesregierung möchte kurz vor der Wahl 2013 mal wieder als beste Regierung aller Zeiten da stehen und kündigt an: „die Praxisgebühr wird abgeschafft….“ Juhuu. Die sind ja lieb. Vor zehn Jahren, als diese unsägliche Methode der Abzocke erfunden wurde, liefen nur die LINKEN Sturm und begehrten gegen diese unseriöse Nebenbeifinanzierung der Krankenkassen auf. Mit einer sagenhaften Kampagne warfen wir uns wiedermal wie David gegen Goliath dem politischen Mainstream entgegen und ernteten eigentlich nur Hass und Spott. Die Betroffenen zu mobilisieren blieb uns verwehrt. Die Praxisgebühr wurde eingeführt.

Die Proteste versickerten wirkungslos im politischen Alltagsgeschäft.

Heute kommen die Einführer der Praxisgebühr daher und sagen „Wir schaffen das mal ab, da es ja nichts bringt…“. „Haben wir ja schon immer gesagt…“, könnten wir zum zigten Male einfach hintendran hängen . So wie bei vielen Sachverhalten aus der Vergangenheit kommt auch hier der Umstand zum Tragen, das Gedächtnis der Wähler reicht selten von einem Urnengang zum nächsten. Geschweige denn, über mehrere Wahlperioden hinweg. Wer weiß denn heute noch, außerhalb der LINKEN, dass Oskar Lafontaine einer der größten Kritiker der deutschen Einheit war. Mit der Begründung der aus Vereinigung heraus resultierenden sozialen Härten für die Menschen in Ost und West. Genau dieser Oskar ist dann 1998 als Finanzminister zurückgetreten, weil er die sozialen Ungerechtigkeiten der Agenda 2010 Politik seiner Koalition, damals SPD und Grüne, nicht mit verantworten wollte. Eben weil er die Konsequenzen vor Augen hatte.

Als Ergebnis dieser Agenda 2010 ist die momentane Situation der BRD davon gezeichnet, dass die Unterschiede zwischen Reich und Arm noch nie so groß waren und die sozialen Spannungen bis in die letzten Ecken der Gesellschaft reichen. Sogar die Kommunen als Stützpfeiler einer modernen Gesellschaft sind nicht davor gefeit, Spielball internationaler Finanzjongleure, welche mit den Steuermilliarden aus den „Rettungspaketen“ für Banken und ähnliche Großkapitalisten ausgestattet sind, zu werden und nun gezwungen sind, Tafelsilber verscherbeln zu müssen, um nicht in den Schuldturm geworfen zu werden. Mit offenen Augen werden ganze Regionen der Finanzpolitik der Regierung geopfert.

Auch hier haben die LINKEN immer wieder den Finger in die Wunde gelegt und daran erinnert, dass eine Gesellschaft nicht nur aus Nehmern bestehen kann.

Recht haben und Recht bekommen sind aber in diesem Land zwei unterschiedliche Dinge. Warum? Weil dies denen nützt, die nach der Devise früherer regierender Christen in diesem Land verfahren: „Was schert mich mein Geschwätz von gestern?“.

Guten Tag.
Mama

Inhalt:

Schlüssel für den neuen Finanzausgleich passen nicht	Seite 3
Der Parteivorstand hat die Wahlstrategie für die Bundestagswahl 2013 beschlossen	Seite 4
Neonazi-Strukturen von Spitzeln mit organisiert	Seite 5
„Extrem viel dahinter“	Seite 6
LINKE im Arnstädter Stadtrat forderte Beanstandung Vergabe zur Bewirtschaftung des Theatercafes	Seite 7
LINKE im Arnstädter Stadtrat unterstützt Stadtbeitritt zum Zweckverband „Erwerb EON-Anteile“	Seite 7
Scheindebatte um Netzausbaupläne	Seite 8
„Der Aufstieg der EU zur Militärmacht“	Seite 9
Bürgermeister sollten Trotzburg im WAZV endlich verlassen	Seite 10
Genossen besuchten die Ausgrabungsstätte in Bilzingsleben	Seite 11
„Krieg soll nach Gottes Willen nicht sein“ – ein Abend mit Ilsegret Fink	Seite 11
Kommunalpolitischer Brückenschlag zwischen Thüringen und Hessen	Seite 12
2. Tagung des 3. Landesparteitags in Wurzbach	Seite 13
Nachgedacht…	Seite 14
Termine	Seite 12

Schlüssel für den neuen Finanzausgleich passen nicht

Während der Landtagsdebatte zum Haushaltsentwurf der Thüringer Landesregierung für die Jahre 2013/14 protestierten am 18. Oktober vor dem Parlament in Erfurt Kommunalpolitiker gegen die Kürzungen der Finanzen für Städte, Gemeinden und Landkreise im Freistaat. Unterstützt wurden sie von der Linksfraktion im Thüringer Landtag. Damit startete DIE LINKE eine Neuauflage ihrer landesweiten Kampagne „Kommunen in Not“.
Fraktionsvorsitzender Bodo Ramelow betonte vor den Demonstranten die Notwendigkeit eines Sozialausgleichs und einer gerechteren Besteuerung auf Bundesebene u.a. über eine Erbschafts - und Vermögenssteuer. Frank Persike, Bürgermeister von Bad Blankenburg, verwies darauf, dass es nicht nur um den Erhalt der freiwilligen Aufgaben, wie im Kultur-, Sport und Sozialbereich gehe – dazu hatte vor allem der Landesvorsitzende der LINKEN, Knut Korschewsky, gesprochen. Persike machte klar, dass sie auch die Pflichtaufgaben bald nicht mehr erfüllen könnten. Tamara Thierbach, vom Stadtrat Erfurt gerade erneut ins Amt gewählte Bürgermeisterin, ergriff ebenfalls auf der Protestveranstaltung das Wort und wünschte sich u.a. „bald -möglichst eine Verwaltungs- und Gebietsreform in Thüringen“.
Neben einer angemessenen Finanzausstattung forderten die Demonstranten Transparenz bei der Berechnung des Kommunalen Finanzausgleichs. Die Veranstaltung vor dem Landtagsgebäude wurde von einer anschaulichen Aktion begleitet: Schlüssel, versehen mit Gemeindenamen, konnten die symbolische Tür zu einem sachgerechten kommunalen Finanzausgleich nicht öffnen.
„Der neue Kommunale Finanzausgleich macht alle Verwerfungen in der Verwaltungs- und Gebietsstruktur deutlicher als in der Vergangenheit. Deshalb fordert DIE LINKE, die unverzügliche Beendigung der Blockadepolitik in der CDU-SPD-Landesregierung und den Einstieg in die Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform. Nur durch leistungsfähige kommunale Strukturen kann Thüringen die künftigen Herausforderungen bewältigen“, hatte Frank Kuschel, kommunalpolitische Sprecher der Linksfraktion, erklärt.

Der Parteivorstand hat die Wahlstrategie für die Bundestagswahl 2013 beschlossen

In seiner Beratung am 13. und 14. Oktober 2012 hat der Parteivorstand die Wahlstrategie und den Zeitplan für die Erstellung des Bundestagwahlprogramms beschlossen. Mit diesem Auftakt beginnt nunmehr die inhaltliche Debatte um die Erarbeitung des Wahlprogramms unserer Partei.
Um uns schneller orientieren zu können, hat der Parteivorstand in einem Flyer aufgerufen, „das beste Wahlprogramm aller Parteien – Mach mit“ zu erarbeiten.
Damit wird die mit dem Göttinger Parteitag eingeleitete Politik des Zuhörens und des Mitmachens als generelles Prinzip zur Aktivierung der Mitglieder der Partei und einer öffentlichen Wirksamkeit linker Politik fortgesetzt.
Mit der Wahlstrategie orientiert der Parteivorstand auf die inhaltlichen Schwerpunkte linker Politik im Wahlkampf, die da sind:

- DIE LINKE steht für die Umverteilung von oben nach unten und für eine deutliche Begrenzung und Besteuerung von Reichtum.
- DIE LINKE ist eine Partei der Öffentlichkeit.
- DIE LINKE steht für eine neue soziale Idee.
- DIE LINKE schützt vor dem Abbau sozialer Rechte.
- DIE LINKE steht für den konsequenten sozial-ökologischen Umbau.
- DIE LINKE sagt als einzige Partei immer konsequent NEIN zum Krieg.

Unser Ziel ist es, so heißt es in der Wahlstrategie, konkrete Lösungsvorschläge zu präsentieren, um damit deutlich zu machen, dass sich etwas in unserem Land verändern kann. Unsere politischen Konzepte zielen auf eine schnelle und deutliche Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen. Eine Stimme für DIE LINKE lohnt sich. DIE LINKE wirkt in Opposition und Regierung!

Soweit zu den inhaltlichen Schwerpunkten für ein künftiges Wahlprogramm der Partei.
Noch eine wichtige Forderung aus der Wahlstrategie an uns, die Mitglieder der Partei:
Im Gespräch mit BürgerInnen, bei Aktionen auf der Straße, über Foren und soziale Netzwerke im Internet und im Dialog mit unseren Bündnis-

partnerInnen, Verbänden und Organisationen aus der Gesellschaft werden wir für unsere Themen werben und unser politisches Vorgehen erläutern.
Daraus konkrete Maßnahmen für unseren Wahlkampf im Kreisverband, in den Städten und Gemeinden im Ilm-Kreis abzuleiten, ist die Aufgabe, die aktuell vor uns steht.
Und noch eine konkrete Feststellung, die der Parteivorstand zur Führung des Wahlkampfes beschlossen hat:

- Wir führen einen Wahlkampf um Zweitstimmen für unsere Partei.
- Wir kämpfen um die Wiedergewinnung der Direktmandate, mit denen wir gegenwärtig mit unseren Abgeordneten im Bundestag vertreten sind.

Zum Ablauf der Debatte um „Das beste Wahlprogramm aller Parteien“ wurde folgende Zeitschiene beschlossen:

1. Vorphase – Oktober 2012 bis Februar 2013. Dieser Zeitraum ist der Auftakt der Debatte um unser Bundestagswahlprogramm und verläuft noch nicht anhand eines konkreten Textvorschlages.
2. Diskussion des ersten Entwurfs – Ende Februar bis April 2013. Der erste Entwurf für unser Wahlprogramm wird der Öffentlichkeit zur Diskussion gestellt. Im März finden dazu fünf Regionalkonferenzen statt. Im April wird dann mit den Ergebnissen der Debatten der Entwurf des Leitantrages an den Parteitag erarbeitet.
3. Diskussion zum Leitantrag – April bis Juni 2013.

Am 18. April 2013 wird der Leitantrag als Vorschlag für unser Wahlprogramm veröffentlicht. Bis zum 30. Mai können Änderungsanträge an den Leitantrag gestellt werden.
Auf der Grundlage dieser Zeitschiene gilt es, durch den Kreisvorstand und die Diskussion auf einer Kreismitgliederversammlung die Aufgaben für diese Phase des Bundestagswahlkampfes zu erarbeiten und zu beschließen.
Was die Debatte um die Kandidaturen für den Bundestagswahlkampf anbelangt, so wird der Landesvorstand mit konkreten Terminen, auf einer gemeinsamen Beratung des Landesvorstandes und des Landesauschusses, konkrete Vorschläge einer Kandidatenliste für die Landesvertreterversammlung zur Wahl unterbreiten.
Jedoch, jetzt gilt es, mit der Debatte zur Wahlstrategie und des dargelegten Zeitplanes zu beginnen.

Jochen Traut

Neonazi-Strukturen von Spitzeln mit organisiert

Martina Renner: Besorgnis erregendes Bild von Zustand und Ausrichtung der Geheimdienste

Nach Ansicht der Innenexpertin der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, Martina Renner, „wird immer deutlicher, dass die Strukturen des militanten neonazistischen Thüringer Heimatschutzes und dessen Vorläuferstruktur nicht ohne Zutun der Geheimdienste entstanden sind und sich verfestigen konnten".

Die Anti-Antifa Ostthüringen als Vorläufer des Thüringer Heimatschutzes (THS) ist wenige Monate nach der erfolgreichen Anwerbung von Tino Brandt als Spitzel des Thüringer Verfassungsschutzes entstanden. Brandt war dann jahrelang bis zu seiner Enttarnung führender Neonazi im THS und in der NPD. Dass nun auch eine zweite wichtige Person für die Strukturen des militanten Neonazismus in Thüringen Spitzel eines Geheimdienstes gewesen ist, „macht offenkundig, dass vom Staat bezahlte Spitzel neonazistische Strukturen gebildet, organisiert, gelenkt und geprägt haben“, so Martina Renner.

Kai D. aus Franken war mutmaßlich für die elektronische Vernetzung von Neonazis im Bundesgebiet, für die Organisation von Neonazi-Aufmärschen und für die Verbreitung von neonazistischemn Propagandamaterial maßgeblich verantwortlich. Er galt als einer der zwölf Beschuldigten im Verfahren gegen den Thüringer Heimatschutz wegen des Verdachts der Bildung einer kriminellen Vereinigung, das ursprünglich zum Verbot des THS führen sollte. Dieses Verfahren wurde aber 1997 einfach eingestellt, obwohl genügend und ausreichend belastende Anhaltspunkte gegen den THS vorlagen.

Dringende Fragen bedürfen
einer öffentlichen Beantwortung

„Die Einstellung des Strukturermittlungsverfahrens trotz ermittelter belastender Sachverhalte wirft also zwangsläufig die Frage auf, ob Geheimdienste zum Schutz ihrer Quellen darauf gedrängt haben. Dies umso mehr, da zeitgleich mit der Beendigung des Ermittlungsverfahrens gegen den THS auch die Sonderkommission Rechtsextremismus beim Landeskriminalamt aufgelöst wurde. Zudem lief eine zwischen mehreren Geheimdiensten, darunter auch der Verfassungsschutzämter Bayern und Thüringen, verabredete Operation ‚Rennsteig’ an“, so die LINKE-Innenexpertin.

Nach ihrer Ansicht müsse nun aufgeklärt werden, ob D., ebenso wie Brandt, nicht nur Geld, sondern auch Kommunikationstechnik durch die Geheimdienste zur Verfügung gestellt bekam. Schließlich habe diese Unterstützung vielfach Neonazis erst ermöglicht, ihre Vernetzungs- und Strukturbildung erfolgreich zu betreiben. Die LINKE-Abgeordnete wird anregen, künftig eng mit dem bayerischen Untersuchungsausschuss zusammenzuarbeiten, um die notwendigen Informationen für die Aufklärung aus beiden Bundesländern zusammentragen zu können.

„Die Meldung, dass ein weiterer Neonazi bezahlter Informant des Staates gewesen ist und maßgeblich neonazistische Strukturen aufgebaut hat, ist inzwischen keine Überraschung mehr. Allein diese Tatsache zeichnet ein besorgniserregendes Bild vom Zustand und der Ausrichtung der Geheimdienste. Nun aber bedarf die Frage, hätte es neonazistische Strukturen in diesem Ausmaß auch ohne das aktive Mitwirken der Geheimdienste gegeben, einer dringenden öffentlichen Beantwortung“, fordert Martina Renner.

Kai D. war an zentraler Stelle für das Thule-Netz verantwortlich, mit dem Neonazis erstmals eine computergestützte klandestine Kommunikation betrieben, er gilt als Organisator u.a. der jährlichen Rudolf-Hess-Aufmärsche. Es sei nicht auszuschließen, dass er mit Mundlos, Böhnhardt und Zschäpe bekannt war, da er ebenso wie das NSU-Trio an Stammtischen des Thüringer Heimatschutzes teilnahm. Auch wurde seine Mobiltelefonnummer auf der 1998 in Mundlos’ Garage sichergestellten Telefonliste gefunden.

Sozial, mit aller Kraft. DIE LINKE.

neues deutschland
SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Auch im Internet und als E-Paper erhältlich.

„Extrem viel dahinter“

Jugendorganisationen Linksjugend ['solid] Thüringen und DGB-Jugend Thüringen starten gemeinsame Kampagne „Extrem viel dahinter“ gegen den Extremismusbegriff

Die politischen Jugendorganisationen Linksjugend ['solid] Thüringen und DGB-Jugend Thüringen gehen in ganz Thüringen mit einer extrem inhaltlichen Kampagne in die Offensive. Indem sie sich dem Thema widmen, wollen sie den Begriff des „Extremismus“ als das entlarven, was er ist: Eine aufgeblasene Hülle, die nur der Diffamierung von politischer Kritik dient. Auch über Fakten der Verfassungsschutzarbeit und Kristina Schröders Bestrebungen den Begriff des „Linksextremismus“ als Gefährdung für die Gesellschaft zu etablieren.

Diese hatte bereits mit ihren Bestrebungen um eine Extremismusklausel für Furore gesorgt. Wichtige Vertreter_innen der beiden Jugendverbände reagierten extrem gereizt: „Diesen Unsinn und Angriff auf eine freie politische und antifaschistische Jugendarbeit werden wir nicht länger hinnehmen!“, prophezeit Renê Kotzanek vom LandessprecherInnenRat der Linksjugend.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen organisierte Vorträge und Veranstaltungen in ganz Thüringen für den Zeitraum vom 16. bis 29. Oktober und die Jugendverbände riefen zur Beteiligung auf. Zeitgleich veröffentlichten die Verbände die Broschüre „Extrem viel dahinter – Reader zur Kritik an der Extremismusdoktrin“, in der sie in Zusammenarbeit mit verschiedenen Autor_innen Hintergründe und Informationen zur Kritik am Extremismusbegriff bereitstellen. Eric Friedrich vom LandessprecherInnenRat der Linksjugend fasst zusammen: „Wir werden mit unserer Aufklärungsoffensive plötzlich und an mehreren Orten in ganz Thüringen zeitgleich an die Öffentlichkeit treten und dem Quatsch der „Extremismus-theorie“ den Boden unter den Füßen entreißen – und zeigen, dass an der Debatte um den Extremismusbegriff extrem viel dahinter steht.“

Mehr Informationen unter: .extremvieldahinter.blogsport.de

Büros im Ilmkreis:

Geschäftsstelle Die LINKE Arnstadt; Zimmerstraße 6; Tel./Fax: 03628/602795;
Sprechzeiten: Montags bis Freitags von 9 bis 11 Uhr; Montags 16 bis 18 Uhr

Geschäftsstelle Die LINKE Ilmenau; Topfmarkt 4; Tel./Fax: 03677/893015;
Sprechzeiten: Montags bis Freitags von 9 bis 11 Uhr

Wahlkreisbüro der MdL Sabine Berninger in Arnstadt ;
Zimmerstraße 6; Tel: 03628/660624 - Fax 03628/660771; E-Mail: WKB-Berninger@t-online.de; www.sabineberninger.de

Wahlkreisbüro des MdL Frank Kuschel in Ilmenau
Topfmarkt 4 Tel: 03677/209873 - Fax: 03677/461549; E-Mail: info@frankkuschel.de; www.frankkuschel.de

LINKE im Arnstädter Stadtrat forderte Beanstandung Vergabe zur Bewirtschaftung des Theatercafes

Die Vergabeentscheidung des Werksausschusses des Kulturbetriebs Arnstadt zur künftigen Bewirtschaftung des Theatercafes hätte nach Überzeugung der LINKEN beanstandet und damit das Verfahren gestoppt werden müssen. DIE LINKE hatte hierzu für die Stadtratssitzung am 11. Oktober 2012 einen Dringlichkeitsantrag gestellt, der den Bürgermeister zum entsprechenden Handeln aufforderte.

Die Vergabeentscheidung einer Mehrheit im Werksausschuss des Kulturbetriebs aus den drei vorliegenden Bewerbungen ist für DIE LINKE völlig unverständlich gewesen und indiskutabel. Sie widersprach der Stellungnahme und Empfehlung des Theatervereins und auch die des Bürgermeisters. Es ist kaum vorstellbar, dass im Theatercafe ein Betreibermodell umgesetzt werden soll, das durch den Theaterverein nicht mitgetragen wird.

Das jetzt vorgesehen Betreibungsmodell für das Theatercafe steht aus Sicht der LINKEN zumindest in Teilen im Widerspruch zum Gesamtkonzept des Stadttheaters und des Schlossparks. Ein bayerischer Biergarten passt einfach nicht in das Ensemble des Schlossparks.

Die LINKE fand es zudem bedenklich, dass der Bürgermeister vor der Vergabeentscheidung des Werksausschusses des Kulturbetriebs die Sitzung verlassen und damit nicht an der Abstimmung teilgenommen hat. Ein solches Agieren kann nur als verantwortungslos bewertet werden, zumal der Bürgermeister auch Bedenken gegen das Konzept des künftigen Betreibers geäußert hatte.

Doch der Dringlichkeitsantrag der LINKE wurde im Stadtrat abgelehnt, auch durch den Bürgermeister. Auf offensichtliche Initiative des CDU-Stadtrates Sebastian Köhler wurde am Tag der Antragsstellung eine Sitzung des Vorstandes des Theatervereins durchgeführt. Vorstandsvorsitzende ist der Vater vom CDU-Stadtrat Köhler. Der Vorstand des Theatervereins sprach sich in dieser Sitzung gegen die Initiative der LINKEN aus. Entgegen der Aussage der Vertreterin des Theatervereins im Werksausschuss des Kulturbetriebes wäre das Konzept des jetzigen Betreibers durchaus auch vom Theaterverein mitgetragen worden, wenn auch nicht an erster Stelle. Und so lässt sich der Theaterverein von bestimmten politischen Kräften im Stadtrat instrumentalisieren und verzichtet dabei zumindest in Teilen auf eigene Mitgestaltungsmöglichkeiten. Weitere Kommentare sind an dieser Stelle nicht notwendig.

Frank Kuschel
Fraktionsvorsitzender

LINKE im Arnstädter Stadtrat unterstützt Stadtbeitritt zum Zweckverband „Erwerb EON-Anteile“

Die Arnstädter Stadtratsfraktion DIE LINKE hält es für erforderlich und geboten, dass Arnstadt umgehend dem kommunalen Zweckverband zur Finanzierung des Erwerbs der EON-Anteile beitritt. Ein solcher Beitritt findet die ausdrückliche Unterstützung der LINKEN.
Die Thüringer Städte und Gemeinden haben die einmalige Chance, bis Jahresende den 53prozentigen Anteil an der Thüringer Energieversorgung von EON zu erwerben. Mit diesem Erwerb würde der größte kommunale Energieversorger auf Landesebene entstehen.
Der Kaufpreis zum Erwerb der EON-Anteile wird auf rund eine Milliarde Euro geschätzt. Gemessen an den erwirtschafteten Gewinnen der jüngsten Vergangenheit ist dieses Geld gut angelegt. In maximal zehn Jahren wäre der Kaufpreis wieder erwirtschaftet, ohne dass hierfür die Energiepreise erhöht werden müssten.

Für die Absicherung der Finanzierung des Kaufpreises müssen die Thüringer Kommunen umgehend einen kommunalen Zweckverband bilden.
Je mehr Gemeinden und Städte sich an der Zwecksverbandsbildung beteiligen, umso optimaler werden sich die Rahmenbedingungen für die Kaufpreisfinanzierung gestalten.
Dies allein ist schon Grund genug, dass Arnstadt diesem Zweckverband beitritt.
Jedoch gibt es für Arnstadt einen weiteren gewichtigen Grund für den kommunalen Erwerb der EON-Anteile. Nach einer erfolgreichen Rekommunalisierung der EON-Anteile bestände die Möglichkeit, die bisherige Minderheitsbeteiligung von EON an den Stadtwerken in städtisches Eigentum zurückzuführen. Die von den Stadtwerken erwirtschafteten Gewinne würden dabei zukünftig vollständig in der Stadt verbleiben und nicht wie bisher fast zur Hälfte an EON fließen. Zudem würden sich die Bedingungen für die Strom- und Gasnetzbetreibung für die Stadtwerke günstiger darstellen.
Der Stadtrat wird sich am 20. November 2012 mit dem Beitritt der Stadt zum Zweckverband „Finanzierung der EON-Anteile“ beschäftigten. DIE LINKE setzt darauf, dass sowohl der Bürgermeister als auch die anderen Stadtratsfraktionen diesem Zweckverbandbeitritt ebenfalls zustimmen.

Frank Kuschel
Fraktionsvorsitzender

Landrätin Petra Enders (DIE LINKE):

Scheindebatte um Netzausbaupläne

Als Scheindebatte bezeichnet Petra Enders, Landrätin im Ilm-Kreis, die Konsultation der Bundesnetzagentur zum Netzentwicklungsplan. Allein der kurze Zeitraum ist ein Hohn auf echte Bürgerbeteiligung. Ganze sechs Wochen Zeit haben Bürgerinnen und Bürger, sich mit den Plänen vertraut zu machen und ihre Stellungnahme abzugeben.

Vollkommen zur Farce wird das Ganze, weil die Übertragungsnetzbetreiber und die sie unterstützende Bundesnetzagentur ihr Vorhaben, 4.000 km neue Freileitungen zu bauen, als alternativlos darstellen. Da wurde der Bock zum Gärtner gemacht.

Es wird nicht mehr über das „Ob", sondern es soll nur noch über das „Wie" diskutiert werden. Und das mit Menschen, die sich durch die Monstertrassen in ihrer Gesundheit gefährdet sehen, die Angst um ihre Lebensqualität haben und die Entwertung ihrer Grundstücke befürchten. Belange des Natur- und Landschaftsschutzes spielen nur eine untergeordnete Rolle, und Auswirkungen auf den Tourismus werden überhaupt nicht beachtet.

„Das ist keine Bürgerbeteiligung auf Augenhöhe", kritisiert die Politikerin, „und das hat auch nichts mit wirtschaftlicher Vernunft zu tun. Die Bürger sollen für die Beeinträchtigung, die sie durch die neuen Stromtrassen in Kauf nehmen müssen, mit steigenden Energiekosten auch noch selbst bezahlen. Nur damit die Stromkonzerne ungehindert Stromhandel betreiben und ihre Profite sichern können."

Jetzt sollen die Bürger auch noch selbst in den Netzausbau investieren und dafür fünf Prozent vom Staat garantierte Dividende erhalten. „Wer, außer Großanlegern und Geldmachern, hat schon ein paar Tausend Euro übrig, damit sich das für ihn lohnen soll", fragt Frau Enders. „Das ist eine Sommerlochdebatte im Herbst und wenn es nicht so ernst wäre, könnte man darüber lachen."

Und das alles ohne ein energiepolitisches Gesamtkonzept für die Bundesrepublik Deutschland und ohne zu wissen, wie viel Elektroenergie in Zukunft überhaupt gebraucht wird. Unberücksichtigt sind die Weichenstellungen der Bundesländer, die, wie Bayern und Baden-Württemberg, längst damit begonnen haben, sich von Energielieferungen aus anderen Bundesländern unabhängig zu machen und selbst verstärkt auf den Ausbau erneuerbare Energie „Vor Ort" setzen.

Petra Enders zeigt sich überzeugt: Die Zukunft der erneuerbaren Energie sind dezentrale Lösungen. Energie aus Sonne und Wind kann dort produziert werden, wo sie auch verbraucht wird. Und für die Vernetzung reichen die 1,8 Millionen Kilometer Verteiler- und 37.000 km Übertragungsnetze aus, die zudem durch Temperaturüberwachung, Hochtemperaturseile oder die Umstellung auf Gleichstromübertragung auf bestehenden Trassen noch beträchtlich erweitert werden können.

Eine ernsthafte Betrachtung dieser Alternativen fehlt. „Anstatt den Zeitverzug beim Netzausbau zu beklagen", so Frau Enders abschließend, „hätte die Bundesnetzagentur besser daran getan, sich nicht einseitig zum Erfüllungsgehilfen der Übertragungsnetzbetreiber zu machen, sondern sich verstärkt auf die von Bürgerinitiativen und Wissenschaftlern aufgezeigten Alternativen konzentriert".

Ichtershäuser Kritik der Kreisumlage unsachgemäß

Entgegen der Behauptung des Ichtershäuser Bürgermeisters und seines Geschäftsführenden Bediensteten hat die neue Landrätin des Ilm-Kreises, Petra Enders (DIE LINKE), dem Kreistag eine Reduzierung der Kreisumlage vorgeschlagen.

Die von den beiden Ichtershäuser Kommunalpolitikern thematisierte Erhöhung der Kreisumlage entsteht nur durch ein verändertes Berechnungsverfahren zur Ermittlung der Umlagekraft der kreisangehörigen Gemeinden. Insofern hat die neue Landrätin recht, wenn sie darauf verweist, dass infolge der Systemumstellung im kommunalen Finanzausgleich die Kreisumlagensysteme der Jahre 2012 und 2013 nicht mehr vergleichbar sind. Legt man das bisherige Berechnungsschema zugrunde, wird sich die Kreisumlage 2013 gegenüber 2012 um rund einen Prozentpunkt (rund 400.000 Euro) reduzieren. Voraussetzung hierfür ist, dass eine Mehrheit im Kreistag diesen Vorschlag der Landrätin mit trägt.

Der Ichtershäuser Bürgermeister hat bei seiner Betrachtung offenbar ausgeblendet, dass die bisherigen Zahlungen an die Gemeinden des Ilm-Kreises im Rahmen des Familienlastenausgleichs in Höhe von rund 3 Mio. Euro nicht mehr in die Berechnung der Kreisumlage einfließen.

Mit Blick auf diese Fakten sollten Uwe Möller und Christopher Steinbrück ihre geäußerte Kritik nochmals überdenken.

Frank Kuschel
Landtagsabgeordneter und Mitglied des Kreistages Ilm-Kreis (DIE LINKE.)

Das aktuelle politische Buch:

„Der Aufstieg der EU zur Militärmacht“ *von Gregor Schirmer*

Dieses Buch hat einen hochaktuellen Wert.

In diesen Oktobertagen sprachen die Bundeskanzlerin und ihr Verteidigungsminister vor der Bundeswehrführung in Strausberg. Hier war der Sitz des Verteidigungsministeriums der DDR, wo die militärische Führung einer Armee ihren Sitz hatte, die nie an kriegerischen Handlungen beteiligt war. In den Reden in den Oktobertagen 2012 ging es um die neue Rolle der Bundeswehr als einer weltweit einsatzbereiten Armee, ausgerüstet mit den modernsten Waffen, um „Hilfe“ zu leisten, wenn sich Völker von ihren Unterdrückern befreien wollen oder dort, wo es um militärische, kriegerische Einsätze geht, „mitzumischen“. Es reicht eben nicht, nur der führende Waffenexporteur in der Welt zu sein, die Bundeswehr muss auch bereit sein, diese Waffen einzusetzen.

Gregor Schirmer, als anerkannter Völkerrechtler, vermittelt mit diesem Buch die Entwicklung der westeuropäischen Staaten im Rahmen der sich entwickelnden EU seit den fünfziger Jahren. In den Jahren des Kalten Krieges eine antisowjetisch-antikommunistische Stoßmacht, nunmehr zu einer westeuropäischen Militärmacht im Rahmen der EU im 21. Jahrhundert.

Der Autor schreibt zum Thema einleitend:

„Die Europäische Union findet das allgemeine Interesse vor allem wegen der anhaltenden Wirtschafts- und Finanzkrise. Die Regierungschefs und ihre Finanzminister hecheln von einem Krisentreffen zum anderen. Rettungsschirme für Mitgliedsstaaten und Großbanken werden aufgespannt. Rigorose Sparpläne zum Abbau der Schuldenberge werden, vor allem auf Kosten der kleinen Leute, geschmiedet. Dabei droht übersehen zu werden, dass der Ausbau der EU als Militärmacht aufhaltsam aber stetig voranschreitet. Unter den Sparzwängen werden zwar die Militärhaushalte gekürzt. 2011 blieben in den EU-Staaten aber immer noch 194 Milliarden Euro für Unterhalt, Modernisierung und Einsatz von Militär. In Deutschland sollten die Militärausgaben von 2011 auf 2012 von 31,55 auf 31,7 Milliarden Euro ansteigen. Ich bin (so Gregor Schirmer) aus prinzipiellen Gründen ein Gegner der Militarisierung der Europäischen Union. Das ist kein NEIN zur EU, sondern ein JA zu einem anderen, ausschließlich zivilen europäischen Staatenbund.

Das Folgende ist eine Streitschrift für eine entmilitarisierte EU und damit auch für ein friedliches Gesamteuropa. Ich bin Jurist. Also bediene ich mich vor allem juristischer Argumente und gehe mit Rechtsnormen und anderen offiziellen Dokumenten um. Dabei werde ich notwendige zeitgeschichtliche Betrachtungen einbringen. Meine Überlegungen werde ich nicht streng auf die EU begrenzen, sondern gesamteuropäische Zusammenhänge einbeziehen. …

Seit dem Untergang des realen Sozialismus in Europa und der Auflösung des Warschauer Pakts und des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe, dem östlichen Gegenstück zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, wird der zivile westeuropäische Verbund kapitalistischer Staaten zunehmend militarisiert. Dem monopolistischen Zielen in der EU wird unter Führung Deutschlands und Frankreichs und einer Mischung von Konkurrenz und Subordination gegenüber den USA eine militärische Komponente unterlegt und übergestülpt. Mit dem Vertrag von Lissabon hat man dafür den irreführenden Namen gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) eingeführt. Sukzessive hat sich die EU die Fähigkeit verschafft, an Kriegen und militärischen Gewaltaktionen teilzunehmen und sie – wie es heißt – >autonom < zu führen. Und die EU macht das tatsächlich ohne Rücksicht auf das Völkerrecht. …

Die Militarisierung der EU ist weit fortgeschritten. Aber sie ist noch nicht so verfestigt, dass ein >Rückbau< der EU zu einer zivilen Organisation nicht mehr realistisch oder gar illusorisch wäre. Auch der EU-Vertrag in der Lissaboner Fassung schließt das nicht aus. Er kann geändert oder durch einen neuen Vertrag ersetzt werden. Eine zivile antimilitaristische Europäische Union ist möglich und notwendig.“

Diese wenigen Zeilen aus der Vorbemerkung dieses Textes zeigen, wir müssen uns mit der EU und dem aktuellen Text des Vertrages von Lissabon auseinandersetzen. Die EU ist nicht weit. Sie greift ein in die aktuelle Politik und in unser Leben. Wir wollen eine andere eine zivile EU im Gegensatz zu dem, was die herrschende Politik will. Die Reden von Strausberg, wie eingangs erwähnt, wollen eine militärische EU, eine EU mit einer weltweit einsetzbaren militärischen Eingreiftruppe unter aktiver Beteiligung der Bundeswehr.

Somit ist es ein aktueller Text, auch im Zusammenhang mit linker Politik in der Vorbereitung der Bundestagwahl 2013 und der nachfolgenden Wahlen zum Europäischen Parlament.

Jochen Traut

OWUS-Veranstaltung unter dem Thema „SOLide e. G. – erneuerbare Energie regional“

Die Vorbereitungen für die Gründerwoche Deutschland sind in vollem Gang. Vom 12. bis 18. November 2012 werden bundesweit vielfältige Veranstaltungen und Aktionen stattfinden, um vor allem junge Menschen für unternehmerisches Denken und Handeln zu begeistern. Aber nicht nur Schülerinnen, Schüler, Azubis und Studierende erwartet ein spannendes Programm, sondern auch Unternehmerinnen und Unternehmer sowie gründungsinteressierte Erwachsene.
Auch der OWUS-Thüringen e. V., der linke Unternehmerverband, bietet während der Gründerwoche eine Veranstaltung unter dem Thema „SOLide e. G. – erneuerbare Energie regional“ am 13. November ab 18.30 Uhr im Jugend- und Vereinshaus „Nordlicht“ in Suhl, Kornbergstraße 7 an, zu der wir herzlich einladen.
Im UN-Jahr der Genossenschaften stellen Vorstand und Aufsichtsrat der „SOLide – Solidarische Energiegenossenschaft Thüringen e. G.“ das Geschäftsmodell der Genossenschaft und die Erfahrungen bei der Genossenschaftsgründung vor.
Es werden Chancen und Möglichkeiten der dezentralen Erzeugung und Vermarktung erneuerbarer Energien unter Einbeziehung regionaler Partner dargelegt.
Zur optimalen Vorbereitung der Veranstaltung, bitten wir um Voranmeldung unter der E-Mail-Adresse GBeck-ZM@gmx.de.

OWUS-Thüringen e. V.
Gerd Beck, Vorsitzender

Bürgermeister sollten Trotzburg im WAZV endlich verlassen

Die Hoffnungen, die der Sprecherrat der Bürgerinitiativen für sozialgerechte Kommunalabgaben in die Wahl von Alexander Dill zum Bürgermeister von Arnstadt gesetzt hat, wurden bisher eher enttäuscht.
Vor der Bürgermeisterwahl gab es zwei Gespräche zwischen Herrn Dill und dem Sprecherrat der Bürgerinitiativen. Diese Gespräche waren sehr zielorientiert und wir hatten das Gefühl, dass Herr Dill zumindest in Teilen die Forderungen der Bürgerinitiativen nach mehr Transparenz und Demokratisierung des Wasser- und Abwasserzweckverbandes Arnstadt zukünftig mit trägt.
Umso enttäuschender ist es für die Vertreter der Bürgerinitiativen, dass Alexander Dill in der letzten Stadtratssitzung klarstellte, er sei für die Bebehaltung der jetzigen Situation im Zweckverband. Somit werden auch weiterhin ausschließlich die Bürgermeister die Verbandsentscheidungen treffen. Den Vorschlag der Bürgerinitiativen, dass neben den Bürgermeistern die Gemeinden und Städte durch weitere Verbandsräte in der Verbandsversammlung vertreten werden, hat der Arnstädter Bürgermeister mit fragwürdigen Argumenten zurückgewiesen.
In mindestens sieben Thüringer Zweckverbänden wird schon so verfahren, wie wir vorschlagen. Warum sollte das im Arnstädter Zweckverband nicht möglich sein?
Wenn nicht mehr nur die Bürgermeister die Verbandsentscheidungen treffen, sondern eben auch weitere Verbandsräte, dann verändert das auch die Diskussions- und Entscheidungskultur. Zudem erhöht sich unstrittig die Transparenz. Zudem würden sich die Bürgermeister aus ihrer absoluten Anhängigkeit von der Werkleitung des WAZV „befreien“ können.
Doch diese Argumente der Bürgerinitiativen, vorgetragen vom Stadtrat Frank Kuschel (LINKE) in der letzten Stadtratssitzung, überzeugen den Arnstädter Bürgermeister bisher leider nicht.
Aber nicht nur der Arnstädter Bürgermeister verschließt sich bisher den BI-Forderungen. Auch eine Mehrheit im Arnstädter Stadtrat sieht keine Notwendigkeit für mehr Transparenz und Ausgestaltung der demokratischen Entscheidungsprozesse in der Verbandsarbeit. Nur die LINKE und ein Stadtrat der SPD unterstützten in der jüngsten Stadtratssitzung die Forderungen der Bürgerinitiativen. „Pro Arnstadt“, CDU, Bürgerforum/FDP und die übergroße Mehrheit der SPD verweigerten sich dem BI-Vorschlag.
Die Bürgerinitiativen werden auch weiterhin für ihren Vorschlag werben und appellieren an die Bürgermeister, insbesondere den Arnstädter Bürgermeister als Verbandsvorsitzenden, die Blockadehaltung gegen eine Öffnung des Zweckverbandes aufzugeben. Die Forderung der Bürgerinitiativen stellt keine unüberwindbare Hürde dar. Und ein Zweckverband, der ordnungsgemäß arbeitet, braucht auch keine Bange vor mehr Öffentlichkeit und breiteren Entscheidungsstrukturen haben.

Hans-Günter Rittermann
Mitglied des Sprecherrates der BI im Bereich des WAZV Arnstadt

Genossen besuchten die Ausgrabungsstätte in Bilzingsleben

Am 06. Oktober besuchten neun Genossen den Arbeitsplatz des Genossen Enrico Brühl in Bilzingsleben. Er berichtete uns sehr anschaulich über die Entdeckung des homo erectus. Vor etwa 370.000 Jahren hatte er seinen Lagerplatz am Nordrand des Thüringer Beckens, in der heutigen Gemeinde Bilzingsleben, im Landkreis Sömmerda. Als sozusagen erster Bilzingslebener gehört der homo erectus bilzingslebenensis damit zu den frühesten Menschenfunden in Mittel- und Nordwesteuropa. Allein die Funde im englischen Boxgrove und Mauer bei Heidelberg sind älter. Doch es sollten einige Jahrtausende vergehen, bis »Bilzi« wieder das Licht der Welt erblickte. Enrico Brühl war auch Grabungsleiter im Braunkohletagebaugebiet Neumark-Nord bei Braunsbedra (Saalekreis). Enrico nahm nur ungern Abschied von diesem Grabungsfeld. Doch der Pegel des künftigen Geiseltalsees stieg unerbittlich. Was nicht ausgegraben wurde, versank bald im Wasser.

Der Ausflug sollte auch genutzt werden um über das Problem der Gewinnung von neuen Mitgliedern eine Diskussion zu führen. Es sollte sich auch mit der Gründung einer Jugendgruppe in unserem Kreis auseinandergesetzt werden. Der Einladung nach Bilzingsleben sind leider nur sehr wenige gefolgt. Es wurde dennoch nach Lösungen gesucht, wie man unsere Partei wieder positiv in den Vordergrund rücken und neue Mitglieder gewinnen kann. Vorgeschlagen wurde zum einen, dass wir ein Straßentheater aufführen mit dem Thema „Umfairteilen“, und zum anderen ist die Idee entstanden, einen Zug zu mieten und auf der Strecke Gräfenroda/Gotha ihn fahren zu lassen. Das soll symbolisieren, dass die Strecke für den Personentransport unerlässlich ist und in Verbindung mit der Bundestagswahl wäre dies auch für uns eine sehr gute Möglichkeit, die Aufmerksamkeit der Bürgerinnen und

Bürger zu bekommen. Wir wären die erste Partei die mit einem Zug Wahlkampf betreibt und das bleibt bei den meisten lange im Gedächtnis.

Alexander Storm

„Krieg soll nach Gottes Willen nicht sein“ – ein Abend mit Ilsegret Fink

Ilsegret Fink – der Name der bekannten Theologin garantiert den Zuhörern so lebendige wie engagierte Vermittlung von Interessantem, Wissenswertem und damit auch stets gut besuchte Gesprächsrunden. So anschaulich wie eindrucksvoll sprach sie in einer Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung im Ilmenauer Hochhausklub über den Missbrauch von Religion zur Rechtfertigung und Unterstützung wie auch zur Auslösung von Krieg und Gewalt: Wem ist schon bekannt, dass die Bibel in ihrer ursprünglichen Fassung jede kriegerische Auseinandersetzung und damit das Töten von Menschen sowie die Zerstörung und Verwüstung der Grundlagen menschlichen Lebens ablehnt, ja, als gottlos verdammt, weshalb auch das Urchristentum seinerzeit immer mehr Anhänger im Römischen Reich fand, Anhänger, die als Pazifisten jeglichen Kriegsdienst verweigerten und dafür mehr als 200 Jahre lang Verfolgung und harter Strafe ausgesetzt waren?

Mit List und Tücke gelang Kaiser Konstantin die nie für möglich gehaltene Umkehrung der Verhältnisse, indem er das Christentum zur Staatsreligion erhob. Fortan konnte kein Christ mehr etwas Verdammenswertes im Kriegsdienst sehen, denn das römische war ja plötzlich ein christliches Heer. Und die Bibel, in der doch etwas ganz anderes stand? Ganz einfach, die wurde ebenso schnell in den Rang eines unangreifbaren Heiligtums erhoben, das fortan zwar angebetet werden durfte, dessen Inhalt den Gläubigen jedoch nicht mehr zugänglich war. Wer mochte sich schon an einem Heiligtum vergehen, indem er zum wahren Inhalt des „Buchs der Bücher“ vordrang?

Ilsegret Fink (m.) im Ilmenauer Hochhausclub

Es sollte mehr als 1.000 Jahre dauern, bis die inzwischen viele Hinzufügungen, aber auch Weglassungen mit der Übersetzung durch Martin Luther der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurden. Zur Verdeutlichung des Missbrauchs für Krieg und Gewalt spannte die Theologin den Bogen von den mit päpstlichem Segen durchgeführten Kreuzzügen bis zur völlig unzureichenden Auseinandersetzung der Amtskirchen mit ihrer Rolle im „Dritten Reich“ und der Mitverantwortung für die schlimmste Katastrophe in der deutschen und europäischen Geschichte. Dem Wort, so stellte Ilsegret Fink fest, folgte nie oder nur selten auch die notwendige Tat: „Kriege führen nur tiefer in Bitterkeit, Hass, Elend und Verwahrlosung hinein“, mahnte das Eisenacher Wort der EKD-Versammlung 1948. „Krieg soll nach Gottes Willen nicht sein.“, hieß es 1948 auf der ersten Voll-

versammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen in Amsterdam und 1969 traf die EKD-Thesenreihe „Der Friedensdienst der Christen“ die Aussage „Friede als Abwesenheit von Krieg auf Kosten sozialer Gerechtigkeit kann nicht der Friede sein, dem Christen dienen sollen.“ Doch wie können diesen, nur einen kleinen Ausschnitt darstellenden, wichtigen Bekenntnissen nicht nur ein Militärseelsorgevertrag und Militärgeistliche, sondern auch pastorale Rechtfertigung von Kriegseinsätzen der Bundeswehr gegenüberstehen? Können einst in den Medien der Bundesrepublik eine große Rolle gespielt habende kirchliche Aktionen wie Friedensgebete noch Öffentlichkeit erreichen, wenn sie allenfalls beiläufig erwähnt werden, beiläufig noch dazu angesichts der Tatsache, dass sich hier erstmals seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges wieder ein deutscher Staat an solchen höchst gefährlichen Abenteuern mit unabsehbarem Ausgang beteiligt? Ilsegret Fink verwies auf die Verantwortung von Christen und Nichtchristen für den Stopp von Rüstungsexporten, für ein Ende der nur schlimme Folgen habenden Kriegseinsätze und die Notwendigkeit für die Kirchen, auf Grundlage der Ökumene über praktische Schritte dazu sehr rasch Verständigung und Einigung zu erzielen. Dass gerade die interreligiöse Verständigung nach wie vor nicht einfach ist, zeigte sie an einem persönlichen, bei den Zuhörern ein ungläubiges Erstaunen hervorgerufen habenden Beispiel: Bis 1990 war sie, die protestantische Theologin und Religionskritikerin, auch ehrenamtlich an einem Berliner katholischen Krankenhaus tätig gewesen. Ungeachtet ihrer anerkannten und geschätzten Arbeit setzte der dortige Anstaltsgeistliche ihre Entlassung mit der Begründung durch, jetzt sei „endlich Schluss mit der kommunistischen Zwangs-Ökumene“. Da wusste so mancher, ganz gleich, ob Christ oder Atheist, nicht so recht, ob er über solche Skurrilität lachen oder den Kopf schütteln sollte. Am Ende waren es zweieinhalb Stunden, in denen in angeregter Atmosphäre zugehört, Fragen gestellt und Meinungen ausgetauscht wurden. Das mag manchem lang vorkommen, doch allen Beteiligten schien es eher, sie seien wie im Fluge vergangen. Gespräche mit Ilsegret Fink und ihrem ebenfalls anwesenden Ehemann Prof. Heinrich Fink sind eben nicht nur schlechthin genussreich, informativ und interessant, sie regen vor allem zum eigenen Nachdenken an.

Hans-Joachim Weise

Kommunalpolitischer Brückenschlag zwischen Thüringen und Hessen

Die Rekommunalisierung der Daseinsvorsorge steht derzeit auf der Agenda vieler Städte und Gemeinden. So auch im Ilmkreis, wo um die Überführung der Abfallwirtschaft, zu 49% von der Firma Remondis und zu 51% von der öffentlichen Hand betrieben, hart gestritten wird. Die Freien Wähler möchten den gefassten Kreistagsbeschluss kippen, weil sie davon ausgehen, dass sich damit die Gebühren für die Bürgerinnen und Bürger erhöhen würden. Grund genug, sich ausführlich mit dieser Thematik auseinander zu setzen.

So trafen sich Kommunalpolitiker aus Thüringen und Frankfurt, wo Remondis, ein weltweit agierender Konzern, gleichfalls tätig ist, in Arnstadt Aber es ging nicht nur, um das wichtige Arbeitsfeld Kommunalpolitik, sondern auch darum, zu kennen und zu lernen, wie Dominike Pauli, die Fraktionsvorsitzende im Frankfurter Römer formulierte. Allerdings, manche der Beteiligten sahen schon wegen der sehr viel schwächeren Fraktionen in den westlichen Bundesländern große Unterschiede innerhalb der Parlamentsarbeit. Bodo Ramelow verwies angesichts dieser Vorbehalte darauf, dass zwar die Reflexionsebene verschieden, die Antworten der Linken aber gleich seien. Und so sei es nicht von Bedeutung, ob 10% oder 25% der Stimmen gewonnen wurden, vielmehr müssen linke Kommunalpolitiker in Ost und West Lösungen finden, die den Menschen nutzen. Damit wurde auch schon zum Thema der Veranstaltung übergeleitet. Wie kann man durch die Rekommunalisierung die Finanzkraft der Städte und Gemeinden stärken und so Bürgerinnen und Bürger teilhaben lassen an Entscheidungen im wichtigen Bereich der Daseinsvorsorge?

Frank Kuschel, kommunalpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag verdeutlichte Chancen und Risiken in diesem Prozess, in dem es auf Wissen und Fingerspitzengefühl ankommt. Dass er dabei das erwähnte aktuelle Beispiel heranzog, die Rekommunalisierung der Abfallwirtschaft im Ilmkreis, erhöhte nicht nur die Anschaulichkeit, sondern bewies auch die Brisanz, die in dieser Thematik steckt. Werden doch nicht nur Befürchtungen geschürt, dass sich die Abfallgebühren erhöhen würden, sondern auch seitens der privaten Betreiber keine Bemühungen gescheut, im Geschäft zu bleiben.
Angesichts der erzielten Gewinne durchaus verständlich. Gern macht man die Bevölkerung glauben, so Frank Kuschel, dass kommunale Unternehmen unwirtschaftlich arbeiten, nur begründet sich dies im Wesentlichen darin, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in dem privatwirtschaftlich geführten Betrieb bedeutend weniger Stundenlohn erhalten würden, als in einem Unternehmen in der Hand des Ilmkreises. Überzeugend wies er nach, dass die betriebswirtschaftlichen Potentiale vorhanden sind, das Unternehmen auch durch den Kreis mit Gewinn und ohne neuerliche Belastungen für die Bürgerinnen und Bürger zu führen. Peter Reininger, wirtschaftspolitischer Sprecher für Die LINKE im Frankfurter Römer, sprach in diesem Zusammenhang sogar von einer Lizenz zum Geldrucken, die den Unternehmen der Abfallwirtschaft erteilt wird. „Unser Müll gehört uns“, kommentierte ein Teilnehmer dazu trocken aus der Runde.

Nach dem Vortrag von Kuschel und der Diskussion war klar, die Rekommunalisierung der Abfallwirtschaft im Ilmkreis und auch in anderen Kommunen wird keine neue Last für Bürgerinnen und Bürger bedeuten, sondern kann die Schulden, unter denen Städte und Gemeinden leiden verringern. Gelder, die gegenwärtig in die Tasche der Betriebseigentümer fließen, würden dem Allgemeinwohl zukommen. Natürlich widmete sich die Diskussion auch Fragen der Energiewende und dem aktuellen Anteilsaufkauf von EON Thüringen durch die Kommunen. Am Ende war allen Anwesenden klar, diese Veranstaltung hat uns ist geholfen und sie wird fortgesetzt. Im März lädt die Hessische Linke ihre Thüringer Genossen nach Frankfurt ein.

K.H. Mitzschke

2. Tagung des 3. Landesparteitags in Wurzbach

Am 17. und 18. November findet in Wurzbach die 2. Tagung des 3. Landesparteitages statt. „Ausgangspunkt ist die Schaffung zukunftssicherer Arbeitsstrukturen, mit denen wir unsere politische Arbeit sichern und zukünftige Wahlen erfolgreich meistern können. Dabei wird Europa für die Politikentwicklung bis in die Kommunen immer wichtiger. Darum wird neben der Frage der zukünftigen Strukturen auch die Entwicklung der kommunalpolitischen Leitlinien und die Europapolitik im Vordergrund stehen“, fasst Knut Korschewsky die geplante Agenda zusammen. Dabei sollen vor allem auch die konkreten Auswirkungen europäischer Politik in den Kommunen beleuchtet werden, ein Aspekt der häufig unterschätzt wird. „Es muss uns gelingen zu vermitteln, dass die EU-Ebene die Rahmenbedingungen schafft, mit denen die Kommunalpolitiker arbeiten müssen.

> ***„Ausgangspunkt ist die Schaffung zukunftssicherer Arbeitsstrukturen, mit denen wir unsere politische Arbeit sichern und zukünftige Wahlen erfolgreich meistern können. Dabei wird Europa für die Politikentwicklung bis in die Kommunen immer wichtiger. Darum wird neben der Frage der zukünftigen Strukturen auch die Entwicklung der kommunalpolitischen Leitlinien und die Europapolitik im Vordergrund stehen“***
>
> - K. Korschewsky -

Zumal die Thüringer Kommunal- und die Europawahl voraussichtlich 2013 gleichzeitig stattfinden“, so der Landesvorsitzende. „Um solche Punkte umsetzen zu können, brauchen wir eine effiziente Struktur. Nicht nur auf staatlicher Seite müssen wir darüber nachdenken, zukünftig in Regionalstrukturen zu arbeiten, um uns sowohl den demografischen als auch den veränderten Bedingungen in der Partei anzupassen. So könnten finanz- und mitgliederstarke Kreisverbände die schwächeren unterstützen. Wichtigstes Ziel ist, die Zukunftsfähigkeit der Partei auf der Landesebene zu erhalten. Dazu muss die Partei eine Mitgliederpartei bleiben und entsprechende Wahlergebnisse erzielen. Wir wollen auch weiterhin eine Partei sein, die von der Basis getragen wird“, so Knut Korschewsky.

Bei der Jugend sieht der Landesvorsitzende noch Nachholbedarf. Deswegen soll auf dem Parteitag über die Wiedereinführung eines hauptamtlichen Jugendreferenten beim Landesverband diskutiert werden. Ein weiterer Antrag beschäftigt sich damit, im Landesvorstand einen Platz für einen ständigen Vertreter des Jugendverbandes zu schaffen. „Wir bauchen, junge Mitglieder in der Partei und dürfen keinesfalls einen Widerspruch zu unseren älteren Mitgliedern herbeireden: bei uns sind alle gleich wichtig“.

Der genaue Zeitplan und die Anträge unter:
www.die-linke-thueringen.de

T. H.

Wirkung der LINKEN nach außen und Gedanken zur Neugliederung

So kurz vor der Basis- und Strukturkonferenz der LINKEN in Sömmerda sollten auf der Gesamtmitgliederversammlung Ilmenau zwei wichtige Themen im Mittelpunkt stehen. Die Wirkung der Partei nach außen und Gedanken zu ihrer Neugliederung. Natürlich war dabei an erster Stelle unser Sommerfest zu nennen. Es war ja nicht nur die Anzahl der erschienenen Gäste, immerhin etwa 140, sondern auch die Möglichkeit sowohl Jung als auch Alt anzusprechen. Der Stadtvorstand dankte nochmals Cordula Giewald, Herbert Bachmann, Monika Zeiler und ihren Helfern, Rainer Remde, Jörn-Uwe Müller, Karl-Heinz Kerntopf, Ingeborg Giewald, Jens Hähnel und alle, die Hand anlegten. Diese gelungene Veranstaltung zeigte, der Ilmenauer Stadtverband ist kampagnenfähig! Schlussfolgerungen für das kommende Fest wurden gezogen, besonders auch, um junge Familien stärker anzuziehen und die Propagierung im Vorfeld zu verbessern. Darüberhinaus wurde den Genossen dargestellt, wie über die neuen Medien die Öffentlichkeit gesucht wird, um linke Botschaften in die Bevölkerung zu transportieren. Dazu dient nicht nur unsere Internetseite sondern auch Facebook. Ausführlich wurde verdeutlicht, wie die Administratoren Cordula Giewald, Ingeborg Giewald und Karl-Heinz Mitzschke dort im Interesse der Ilmenauer Linken wirken. Aber nicht minder wichtig, was in unserer Partei geschieht. Die Palette der behandelten Fragen spannte sich von der Bilanz unserer beiden Vorsitzenden, über den Brief der ostdeutschen Landesvorsitzenden an den Parteivorstand, einer Diskussion zum Umgang mit älteren Genossen und der Möglichkeit, sie mehr einzubeziehen, der Probleme bei der Verteilung des Linken Echos bis hin Fragen der innerparteilichen Kommunikation. Der Stadtvorstand wird diese Probleme in seiner nächsten Zusammenkunft ausführlich erörtern. Nicht davon nicht zu trennen, der Vorschlag zur neuen Struktur. Um es vorweg zu sagen, Skepsis überwog. Besonders angemahnt von den Genossinnen und Genossen dabei, die Basis mitzunehmen und sie zu stärken.

Karl-Heinz Mitzschke

Impressum

Und es wird in jener Zeit Gerüchte von Dingen geben, die vom rechten Weg abkommen, und es wird große Verwirrung herrschen, wo die Dinge wirklich liegen, und niemand wird wissen, wo jene kleinen Dinge mit dieser Art von Fuß aus Bast liegen, die einen Henkel haben, sie werden nicht da sein. Amen.

Langweiliger Prophet

Für den Inhalt dieser Ausgabe zeigen sich Sabine Berninger, Thomas Schneider, Annette Rudolph und Jochen Traut verantwortlich. Anschrift der Redaktion:
Wahlkreisbüro Sabine Berninger, Zimmerstraße 6, Tel.: 03628/660624 Fax: 03628/660671; e-mail: WKB-Berninger@t-online.de
Die nächste Ausgabe des „Linken Echos“ erscheint ca. am 12. 12. 2012. Auch im Netz unter: **http://www.die-linke-ilmkreis.de**

Nachgedacht…

Wie jeden Tag lese ich aufmerksam die Zeitung, verfolge gerne mal Politsendungen im Fernsehen, und komme dabei ins Grübeln. Warum denken eigentlich die Volksvertreter der regierenden Parteien immer, dass wir doof sind, und nicht bis drei zählen können?
Geht es nur mir so, oder auch Euch? Hier einige Beispiele:

Wenn die Tage sich verkürzen, Blätter von den Bäumen stürzen, … so begann ein bekanntes Gedicht von Heinz Erhardt. Ein Blick aus dem Fenster zeigt, wir haben Herbst. Doch, nicht nur die Bäume fangen an sich zu verfärben, nein, auch unsere bekannten Parteien des Land- und Bundestages. Diese tun dies natürlich nicht weil Herbst ist, nein, eher in Vorbereitung der anstehenden Wahlen. Es ist schon erstaunlich, wie arbeitnehmerfreundlich doch beispielsweise die CDU werden kann, vor allem, wenn es um die Wählergunst geht.
Wir erinnern uns, vor einiger Zeit wurde durch die Thüringer CDU noch verkündet, dass ein flächendeckender Mindestlohn doch ach so schädlich für Thüringen ist. Mit Mindestlöhnen würde unsere Wirtschaft gebremst, und es würde in die Autonomie der Wirtschaft eingegriffen, hieß es. Kein Weg führte zum Mindestlohn, … bis jetzt.
Auch diese Regierungsperiode befindet sich in ihrem ganz eigenen Herbst. Jetzt, wird das Thema Mindestlohn heiß diskutiert, ja sogar gefordert! Auch wird gerne darauf hingewiesen, dass wenn der Bürger mehr Geld in der Tasche hat, er auch mehr kaufen, also investieren, kann. Plötzlich ist dieses Thema ein ganz wichtiger Punkt, und die CDU ist plötzlich für einen Mindestlohn. Sie hat sich (leicht und vorübergehend) verfärbt. Auch wurde erstmals von dieser Seite geäußert, dass es evtl. doch ein Problem gibt, bezüglich der Vermögensverteilung in der Bevölkerung. Es wurde bemerkt, dass die weniger betuchten Bürger immer weniger haben, und die Reichen immer mehr. Die daraus resultierende ungerechte Steuerlast der einzelnen Bevölkerungsschichten wurde offen angesprochen, aber es wurde auch eine stärkere Beteiligung der reicheren Klientel am Steueraufkommen abgelehnt. Hier möchte ich gerne auf Herrn Schäuble zurückkommen: „ … eine Anhebung des Steuerfreibetrages würde die finanztechnisch bessergestellte Bevölkerungsschicht erneut treffen, dies wäre ungerecht. Da diese schon jetzt einen Großteil des Gesamtsteueraufkommens entrichten…“
Oha, irgendwie komme ich da jetzt nicht mehr mit. Die „finanztechnisch bessergestellte Bevölkerungsschicht“ wird erneut belastet?
Ähm, wurde nicht in den letzten Jahren genau das Gegenteil gemacht? Es wurde doch wiederholt der besagte Freibetrag gesenkt, es wurde doch erneut die Vermögenssteuer ab einer bestimmten Größenordnung beschnitten, und wurde nicht erneut das „gemeine Volk“ angezapft?
Ich meine, wenn man den bisher privilegierten Bürgern etwas Geld aus der Tasche zaubern möchte, regt sich bei diesen natürlich der Widerstand, also ist es doch einfach den bereits angezapften Bürgern noch etwas mehr abzunehmen, nach dem Prinzip der DB AG. Die erhöht auch seit Jahren immer wieder die Preise, und irgendwann ist es Normalität, dass es immer zum Jahresende teurer wird, und es interessiert niemanden mehr.
Aber, wir fahren doch keine Bahn, zumindest nicht mehr von Gräfenroda nach Gotha. Nein, wir können es uns nicht aussuchen, ob wir bezahlen wollen oder nicht, wir müssen!
Doch, jetzt im Zuge des Vorwahlkampfes, kann man schon wieder etwas bürgernah sein. Es ist einfach unglaublich, mit welch Heuchelei dem Bürger erzählt wird, wie wichtig doch plötzlich eine gerechte Steuerpolitik ist, wie sehr doch ein Mindestlohn wichtig ist, und ein Evergreen: Wenn wir gewählt werden, dann gleichen wir die Renten an das West-Niveau an. Ein Versprechen, wie es seit fast 20 Jahren getätigt wird, zuletzt von unserer Bundeskanzlerin, damals sagte sie, dass sie die Renten in dieser Legislaturperiode angleichen werde, doch davon kann heute keine Rede mehr sein. Erst in der nächsten Periode, oder der Nächsten, oder doch der Übernächsten?
Auch der Kanzlerkandidat Steinbrück der SPD scheint zu vergessen, dass das „gemeine Volk“ durchaus in der Lage ist, gesagtes zu deuten. Wer dem Großteil der Bevölkerung unterstellt, nicht mehr gebildet zu sein als eine Banane, ich benutze hier nun nicht den Originalbegriff, denn der müsste wahrscheinlich geschwärzt werden, ist meiner Meinung nach kein Vertreter des Volkes, und erst Recht kein würdiger Kanzlerkandidat.
Nächstes Beispiel:
Wie bestimmt jeder gelesen oder gehört hat, gab es einen Lebensmittelskandal. Schuld war hier das importierte Billigessen, welches durch schlechte Qualität zu einer Massenerkrankung führte. Auf die Anfrage, wie so etwas passieren könne, antwortete unsere Ministerpräsidentin Lieberknecht. In ihrer Stellungnahme meinte sie, was man sich denn vorstelle, welche Qualität man für ca. 2,50 EUR pro Portion erhalte? Wer bessere Qualität wolle, müsse auch tiefer in die Tasche greifen.
Tiefer in die Tasche greifen???
Als ich dies las, wurde mir, offengesagt, einfach nur schlecht.
Was man für 2,50 EUR verlange!? Frau Lieberknecht vergisst wahrscheinlich, dass viele Bürger im Billiglohnsektor arbeiten müssen, (wer hat’s erfunden? – Die CDU) und da knapp 800 EUR im Monat verdienen. Rechnen wir doch mal:

2,50 EUR mal 20 Tage Schule im Monat = 50 EUR

50 EUR, ist im ersten Augenblick nicht viel, aber wenn ich schon wenig habe, ist dies eine ganze Menge. Es ist traurig, dass es Leute in Deutschland gibt, die Arbeiten gehen, aber davon nicht leben können, und wenn, reicht es meist nur für das Nötigste. Da zählt dann jeder Euro, und 50 EUR sind viel Geld. Noch trauriger ist, dass das Land /der Bund kein Geld hat, um unsere Kinder zu unterstützen. Es werden Milliarden ausgegeben, um Banken zu retten, und gleichzeitig

stehen tausende Menschen an der Essensausgabe der Tafeln, oder müssen im Winter draußen auf der Straße leben. Traurig, dass Geld in die Hand genommen wird, um Banken zu retten, die eh Pleite sind, aber kaum ein Cent genutzt wird, um Menschen zu retten, bzw. zu Unterstützen!

Hier ein Beispiel, zwar sind die Zahlen von 2011, aber geändert hat sie nicht viel, eher ist es mehr geworden:

488.700.000.000 EUR Gesamtsteuereinnahmen

500.000.000.000 EUR Gesamtpaket Bankenrettung
Es wurde mehr ausgegeben, als eingenommen wird, und dass allein zur Bankenrettung. Ok, nicht alle 500 Mrd. wurden ausgezahlt, aber vorgesehen waren sie.

Nehmen wir mal von den 500 Mrd. 2,5 %, ergibt das 75.000.000 EUR. Sagen wir, ein Schulessen würde mit 1,50 EUR gestützt werden, wären dass 50.000.000 Schulessen, die man damit Bezuschussen könnte

Es könnten also pro Jahr 50.000.000 Schulessen bezuschusst werden, das währen im Monat knapp 4.166.666 Schulessen, die gestützt werden könnten. Traurig, dass das nicht möglich sein soll, zumal wir in Deutschland immer wieder über einen erschreckenden Zuwachs von Armut auch bei Kindern reden, zumindest wäre mit einer „Schulessenrettung“ mehr getan als mit der Rettung eines Spielcasinos, auch Bank genannt, welches unser Steuergeld eh verspekuliert. Dies wäre zumindest eine bessere, und sinnvollere Investition in die Zukunft, als Bankenrettung. Da kommt gleich die nächste Frage auf, wer rettet eigentlich mich, wenn ich pleite bin? Antwort: Niemand!

Beispiel Altersarmut.
Ich gehe ein lebenslang arbeiten, habe das „Glück“ im Niedriglohnsektor, welch Wortungetüm, zu arbeiten. Natürlich kann ich mit meinem Niedrigverdienst nicht viel in die Rentenkasse einzahlen, und bekomme dementsprechend auch nur eine winzige Rente.
Diese reicht natürlich nicht zu Leben, also habe ich die Hoffnung Aufstocken zu können, bloß, leider habe ich nicht das nötige Geld gehabt privat vorsorgen zu können, also habe ich

auch nichts…

Ergebnis:
Ich bin im Alter arm, obwohl ich gearbeitet habe.
Ist das gerecht?

Gerecht geht anders!
Darüber sind wir uns als Partei Die LINKE. einig.
Doch, ein Großteil der Wähler sieht in der Linken leider eine Partei von vielen. Über diese Wahrnehmung kann uns auch der großartige Wahlsieg unserer Landrätin nicht hinwegtäuschen.
Wie können wir dieses Bild abschütteln?

Zuerst muss klar sein, dass wir als Mitglieder der Partei Die LINKE. das Leben der Partei sind. Wir bestimmen also durch unser Handeln, unsere Äußerungen und unser Auftreten das Bild der Partei nach außen. Wichtig ist auch, dass alle Mitglieder die aktiv das Leben des Kreisverbandes gestalten wollen, auch eine Arbeitsgrundlage erhalten, auf deren Basis sie agieren können. Dazu möchte ich auf den leider im Ergebnis enttäuschenden Aufruf zur Gründung einer Jugendgruppe von unserem stellv. Kreisvorsitzenden Thomas Schneider verweisen. Enttäuschend deshalb, da es einige Genossen nicht geschafft haben, auf das Schreiben zu antworten. Hier hätte eine einfache Mail mit der Aussage „Ich bin interessiert bzw. nicht interessiert“ gereicht. Doch, und das muss ich leider sagen, ist genau dies bezeichnend! Wir bewegen uns zurzeit mit vielem auf der Stelle. Dabei fehlt es uns nicht an Ideen, nein, einfach nur an willigen Mitstreitern! Es müsste doch eigentlich jedem klar sein, dass wir nur in der Öffentlichkeit wahrgenommen werden, wenn wir uns für Projekte engagieren.
Denn, wenn wir weiter machen wie bisher, gehen uns in nicht allzu ferner Zukunft die Mitglieder aus, und wir versinken in der Masse der Parteien.
Wir müssen handeln, wir müssen uns zeigen, und wir brauchen Mitstreiter, die ihre Ideen vortragen, ihre Lösungsansätze und Ansichten mit dem Rest der Mitglieder teilen, und evtl. auch ganz neue Wege gehen. Dabei spielt das Alter keine Rolle, jeder wird gebraucht!

Lasst uns nicht untergehen! – Macht mit!

Denn sonst wird dieser Herbst auch unser Herbst, und ein Traum ist ausgeträumt…

D. Meurer

Termine im Monat November

Stadt-/Kreisvorstandssitzungen:

05.11.12	**19.00 Uhr**	Stadtvorstand. Arnstadt, Zimmerstraße 6; Geschäftsstelle DIE LINKE
06.11.12	**17.00 Uhr**	Stadtratsfraktion. Ilmenau, Topfmarkt 4; Geschäftsstelle DIE LINKE
22.11.12	**18.00 Uhr**	Stadtvorstand. Ilmenau, Topfmarkt 4; Geschäftsstelle DIE LINKE
22.11.12	**19.00 Uhr**	Kreisvorstand. Arnstadt, Zimmerstraße 6; LinXX-Treff

Stadtrats-/Kreistagssitzungen:

08.11.12	**16.00 Uhr**	Stadtrat. Ilmenau; Rathaus
14.11.12	**14.00 Uhr**	Kreistag, Arnstadt; Stadthalle
20.11.12	**17.00 Uhr**	Stadtrat. Arnstadt, Rathaus

Fraktionssitzungen:

05.11.12	**18.00 Uhr**	Stadtratsfraktion. Arnstadt, Zimmerstraße 6; Geschäftsstelle DIE LINKE
06.11.12	**17.00 Uhr**	Stadtratsfraktion. Ilmenau, Topfmarkt 4; Geschäftsstelle DIE LINKE
12.11.12	**17.00 Uhr**	Kreistagsfraktion. Elgersburg, Schmücker Straße 20; Hotel „Am Wald“

Weitere Veranstaltungen:

08.11.12	10.00 Uhr	AG-Senioren. Arnstadt, Zimmerstraße 6; Geschäftsstelle DIE LINKE
09.11.12	11.00 Uhr	Gedenkveranstaltung „Novemberpogrom 1938“. Arnstadt, Alter Friedhof; Am jüdischen Gedenkstein
09.11.12	11.00 Uhr	Gedenkveranstaltung „Novemberpogrom 1938“ Ilmenau, Wetzlaer Platz
14.11.12	15.00 Uhr	Mieten- und Rentensprechstunde. Ilmenau. Topfmarkt 4; Geschäftsstelle DIE LINKE
15.11.12	18.00 Uhr	Stadtmitgliederversammlung. Ilmenau, Auf dem Stollen; Hochhausklub
17./18.11.12		Landesparteitag DIE LINKE.Thüringen. Wurzbach; Aparthotel „Am Rennsteig“

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

DIE LINKE.

www.die-linke-ilmkreis.de